



BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

im Kreistag des Rems-Murr-Kreises

c/o Willi Halder, Gereut 4

71364 Winnenden

Telefon 07195-177 188

FAX 07195-947 804

Email: whalder@t-online.de

www.gruene.de/rems-murr

Stellungnahme von Bündnis 90/Die Grünen zum Haushalt des Rems-Murr-Kreis 2010

Sehr geehrter Herr Landrat, meine Damen und Herren,

-Jugendhilfe

der gesetzlich vorgeschriebene Ausbau der Kindertagesbetreuung ist eine große Aufgabe für die Gemeinden und Städte im Kreis und kann allein durch kommunale Einrichtungen nicht bewältigt werden. Deshalb ist das Angebot der Tageseltern eine wichtige Ergänzung.

Wir Grünen halten den, vom Kommunalverband für Jugend und Soziales empfohlenen Betrag von € 3.90 pro Kind und Stunde für zu gering und befürworten deshalb eine Erhöhung, wie sie von der CDU bereits beantragt wurde.

-Maßnahmenpaket Winnenden

Nach den entsetzlichen Ereignissen in Winnenden und Wendlingen bestand die Gefahr, dass man sich auf schnelle, gut sichtbare Lösungen wie die Verschärfung von Gesetzen und Richtlinien, beschränkt. Obwohl man deutlich sagen muss, dass die Politik, was das Verbot von großkalibrigen Schusswaffen betrifft, eindeutig versagt hat. Es gibt keinen Grund, dass eine Privatperson eine solche Waffe führen darf und muss und für einen Sportverein schon gar nicht. Diese Waffen sind nicht olympisch, und um auf eine Pappscheibe in 25 m Entfernung zu schießen, braucht man keine solche zerstörerische Durchschlagskraft.

Es ist erfreulich, dass der Kreistag konsequent an die Aufarbeitung des Geschehens ging und nach Maßnahmen suchte, die wirklich etwas verändern können. Am 13. Juli 2009 wurde ein viel versprechendes Maßnahmenpaket beschlossen.

In der Schule wird der Leistungsdruck immer größer. Es bleibt immer weniger Zeit, den Einzelnen in seiner Individualität, mit seinen Stärken, Fragen und vielleicht auch Nöten zu sehen. Hier setzten die meisten Unterstützungsangebote für Kinder, Jugendliche und Lehrer an.

Seien wir aber ehrlich. Eine Besserung schafft hier nur die beherzte Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems. Ein niedriger Klassenteilerschlüssel und die längst

www.die-treibende-kraft.de



notwendigen Klassenlehrerstunden. Hier ist das Land gefragt endlich Taten folgen zu lassen, und nicht durch ständige „Reformen“ Schüler, Lehrer und Eltern auf Trab zu halten um von den wirklichen Problemen abzulenken.

Wenn wir schon bei den Schulen sind; kann man guten Gewissens hier Verbesserungen fordern und dann solche Zustände wie mit der Mensa in Waiblingen dulden? Dazu kommen wir noch.

In der Vergangenheit wurden bereits bei einzelnen Projekten neue Wege der Finanzierung beschritten. Einige werden von Partnern finanziert. Die Bereitschaft von Betrieben und Privatpersonen, die gerne sinnvolle Projekte unterstützen würden, ist da. Hier sollten vom Kreis attraktive Beteiligungsmöglichkeiten geschaffen werden.

-Soziale Hilfen

Mit mehr als 180 Millionen € für alle soziale Hilfen, von der Jugend bis zur Pflege, hat der Landkreis eine enorme und zentrale Rolle im Ausgleich sozialer Schieflagen. Dies macht mehr als die Hälfte des gesamten Haushaltes aus. Mittel, die nur in ganz geringen Teilen überhaupt beeinflussbar sind. Und überwiegend für die Städte und Gemeinden geleistet werden. Dies sollte auch bei der Kreisumlage bedacht werden. Sozialleistungen können wir nicht über Schulden bezahlen.

Die demografische Entwicklung beobachten wir im Rems-Murr-Kreis sehr aufmerksam. Mit dem Kreispflegeplan versuchen wir dieser Entwicklung Rechnung zu tragen. Es kann hier nicht alles vom Staat geregelt und finanziert werden. Mit der finanziellen Unterstützung von Familien entlastenden Diensten, Zusammenarbeit mit Seniorenbeiräten und der Einrichtung von Pflegestützpunkten, sind wir auf der richtigen Spur.

Ein Armutszeugnis für den Rems-Murr-Kreis war es, dass Kinder aus einkommensarmen Familienverhältnissen nicht an Schulmittagessen teilnehmen konnten. Wir sind froh darüber, dass ein Antrag der Grünen hier Abhilfe leisten konnte. Eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe hat dieses Problem auf Kreisebene angegangen. Erfreulich ist, dass hier im vergangenen Jahr viele Kommunen bereits verschiedene Lösungen gefunden haben und nun auch der Landkreis für die Schulen in eigener Trägerschaft einen Vorschlag macht. Dieser liegt seit wenigen Tagen vor und findet unsere Unterstützung.

Einher mit der Wirtschaftskrise geht die Arbeitslosigkeit. Hier ist es sehr wichtig, dass der Landkreis weiter verantwortlich agiert und alles dafür tut, dass arbeitslose Bürger unseres Kreises wieder in Arbeit kommen. Dort wo dies auf dem 1. Arbeitsmarkt nicht mehr möglich ist, muss dies über den 2. Arbeitsmarkt bzw. über soziale Beschäftigungsunternehmen geschehen.

Hier hat der Rems-Murr-Kreis, in gemeinsamer Trägerschaft mit der Agentur für Arbeit, über die ARGE, in den vergangenen Jahren sehr gute Arbeit geleistet. Wir haben Sorge, wie das nach dem BVG-Urteil und vor dem Hintergrund des schwarz-gelben



Koalitionsvertrages weitergehen wird. Unseres Erachtens muss der Landkreis darauf achten, dass bei den anstehenden Veränderungsprozessen, Stichwort getrennte Trägerschaft, die bisherige Struktur der ARGE im Endeffekt erhalten bleibt. Wir halten es für wichtig, dass arbeitslose Menschen auch in Zukunft eine kompetente Behörde als Anlaufstelle und Ansprechpartner im Rems-Murr-Kreis haben.

-Umwelt und Verkehr

Die Ausgaben im ÖPNV werden inzwischen weitgehend fremdbestimmt. Die Möglichkeiten, mitzubestimmen sind sehr begrenzt.

Besonders der VVS besticht in den letzten Jahren dadurch, dass seine Preise nicht attraktiver, sondern gigantischer werden. Obwohl der VVS seit mehreren Jahren die Notwendigkeit für steigende Preise mit den steigenden Energiekosten begründet, werden auch dieses Jahr wieder Preiserhöhungen durchgeführt, obwohl die Energiepreise im Vergleich zu 2008 gefallen sind.

Stuttgart 21 besticht durch seine gigantischen Kosten. Mit 1,85 Mio. € jährlichen Abführungen an die Region für das Prestigeobjekt wird der Rems-Murr-Kreis kräftig zur Kasse gebeten, ohne in irgendeiner Weise mitbestimmen zu können. Warum setzen sich hier die Bürgermeister nicht dafür ein Stuttgart 21 zu kippen, um die Erneuerung und Modernisierung des Stuttgarter Bahnhofes oberirdisch und bezahlbar voranzutreiben?

Harald Schmidt sprach gestern bei der Verleihung des Hans Peter Stihl-Preises vom Bau eines „unterirdischen Domes“. Das hat Klang.

Wir beantragen, die Abgaben für Stuttgart 21 mit einem Sperrvermerk zu versehen, um bei Gelegenheit noch einmal darüber zu sprechen.

Den Befürwortern des Großprojektes empfehlen wir, rechtzeitig eine Erhöhung der Beträge zu beantragen.

Seit 2008 werden alle Verwaltungsgebäude des Rems-Murr-Kreis, die Krankenhäuser Waiblingen und Backnang, seit 2009 das Krankenhaus Schorndorf mit zertifiziertem Ökostrom betrieben. Ohne Probleme und ohne wesentlich höhere Kosten, jedoch mit großem Nutzen für die Umwelt, den Klimaschutz und der CO2 Reduzierung. Hier zeigten die Verwaltung und der Kreistag, dass Klimaschutz ernst genommen wird. Dafür unseren Dank und unseren Respekt. Doch „genug ist nicht genügend“. Hier beantragen wir, alle Liegenschaften, Schulen, Einrichtungen und alle Gesellschaften des Landkreises wie die AWG, Kreisbau usw. auf Ökostrom umzustellen.

Auf die Energieagentur des Kreises werden mit der Sicherstellung von autarken Energiequellen noch große Aufgaben zu kommen, dies ist Zukunftsmusik.



Seit einiger Zeit gibt es in den Büros des Landratsamtes Bewegungsmelder in den Leuchtstoffröhren. Ökologisch sehr sinnvoll. Dies könnte Anlass zu Anmerkungen sein, z. B. bei welchen unserer Spitzenbeamten öfters das Licht abgeschaltet wird? Aber, meine Damen und Herren, nie würde ich mich dazu hinreißen lassen.

-Krankenhaus

Meldungen in Fachzeitschriften gehen alle in die gleiche Richtung. Trotz des Milliarden Paketes der Bundesregierung wird sich auch in Zukunft die finanzielle Situation der Krankenhäuser, auch der private Häuser, stark verschlechtern. Der Bettenabbau wird weiter gehen und die Verlagerung stationärer Behandlung in den ambulanten Bereich wird mit unverminderter Geschwindigkeit vorangetrieben. Diesen Markt werden und wollen Kliniken auch bedienen, was sich bundesweit in der steigenden Zahl von Klinikbetrieblenen Medizinischen Versorgungszentren zeigt. Auch der ambulante Bereich der niedergelassenen Ärzte wird sich dadurch stark verändern.

Angesichts der weltweiten Finanzkrise sind wir Grünen froh, dass der Versuch der Privatisierung unserer Kliniken gescheitert ist. Medizinische Grundversorgung ist ein Bereich der Daseinsvor- und -fürsorge und darf nicht Spielball privater Aktiengesellschaften sein. In der Krise könnte dann wieder der Ruf nach dem Staat erfolgen, wenn die vorher aufgelaufenen Gewinne schon längst in den Taschen der Manager und Aktionäre verschwunden sind.

Die in den vergangenen Jahren eingeschlagenen Wege an unseren Kliniken zeigen erste Erfolge. An allererster Stelle ist die Einrichtung des Linksherzkatheter Messplatzes, dem jetzt ein zweiter folgt, zu nennen.

Mit großer Umsicht und Zielstrebigkeit hat Klinikdirektor Winter weitere Effizienzreserven aufgetan, wie etwa beim Einkauf.

Medizinische Leistungen preisgerecht und in hoher Qualität zu bieten ist nur möglich, wenn nicht alles in allen Kliniken angeboten wird und jede Klinik neben der Grundversorgung, wenige aber herausragende Schwerpunkte bietet.

Doch bis an die Grenzen des Möglichen belastete Mitarbeiter, können auf Dauer keine hochwertige Arbeit abliefern und brennen aus.

Die Rems-Murr-Kliniken schreiben trotzdem weiter ein gewaltiges Defizit und daran wird sich auch in Zukunft mit den bestehenden Häusern nichts ändern.

Aber: Die Menschen in unserem Kreis können mit der Versorgung in ihren Krankenhäusern zufrieden sein.

Respekt verdient die schnelle und gute Nachfolgeregelung freigewordener Chefarztposten.



Besonders wichtig war und ist uns die Entwicklung von medizinischen Nachnutzungskonzepten an den bisherigen Krankenhausstandorten. Nach bestimmten Anlaufschwierigkeiten, sind wir hier auf guten Wegen.

Alle Gerichte haben in der Krankenhausfrage entschieden. Lassen sie uns nach vorne schauen, im Interesse aller BürgerInnen des Landkreises.

Wir sagen Dank an alle MitarbeiterInnen, die im Jahr 2009 weiter an der Qualität und am guten Erscheinungsbild unserer Kliniken mitgearbeitet haben.

-Verwaltung, Schule und Kultur

Die Umstellung des Haushaltsplans auf die Ressourcen orientierte Haushaltswirtschaft war ein gewaltiger Kraftakt und die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen bedankt sich bei der Kämmerei unter der Leitung von Herrn Karsten für diese hervorragende Leistung. Bei dieser Haushaltsdarstellung werden Verwaltungsleistungen in Produkten dargestellt. Durch dieses Konzept kann mehr Generationengerechtigkeit, Ressourcenorientierung, betriebswirtschaftliches Denken und Transparenz in der Haushaltsplanung des Landkreises gebracht werden. Allerdings fehlt noch die Eröffnungsbilanz, obwohl man sich über den Nutzen trefflich streiten kann. Denn welchen realen Wert hat z. B. eine Mülldeponie, und wer würde sie kaufen?

Der Haushalt 2010 ist durch rückläufige Steuereinnahmen und niedrigere Schlüsselzuweisungen mit Risiken behaftet, deshalb ist unserer Meinung nach eine ehrliche solide Haushaltsplanung ohne Eskapaden angesagt. Ein Schuldenabbau ist im Jahr 2010 nicht möglich.

Eigentlich ist die Senkung der Kreisumlage von 36,5 auf 36 Prozentpunkte nicht zu rechtfertigen und stellt ein großes Entgegenkommen des Landkreises an die Gemeinden und Städte des Rems-Murr-Kreises dar. Und natürlich wissen wir als Gemeinderäte um die Situation in den Gemeinden vor Ort, und dass diese von Ort zu Ort auch ganz unterschiedlich ist.

Durch eine Senkung der Kreisumlage um 0,5% könnten dringend notwendige energetische Sanierungen im Umfang von ca. 2 Mio. € in Kreisliegenschaften nicht durchgeführt werden. Diese Sanierungen haben ausgesprochen nachhaltigen Charakter, dienen der Energieeinsparung und der CO₂ Reduzierungen und sichern gleichzeitig Arbeitsplätze. Ebenso könnte die dringend notwendige Sanierung der Mensa im Berufschulzentrum Waiblingen nicht in Angriff genommen werden.

Hier beantragen wir, dass sich der Kreistag antizyklisch verhält und die fehlenden Mittel für die Sanierungen, ca. 2. Millionen €, einschließlich der Anfinanzierung der Mensa in Waiblingen, ca. 1 Millionen € also 3. Millionen €, als nachhaltige Mittel über Darlehen finanziert. Der bessere Weg wäre die Finanzierung über eine Erhöhung der Kreisumlage. Da wir nach den Verlautbarungen der Fraktionen mit hohem Bürgermeisteranteil davon ausgehen, dass ein solcher Antrag wohl scheitern würde, halten wir bei dieser



Investitionsmaßnahme, die auch eine Refinanzierungskomponente enthält, eine Kreditfinanzierung ausnahmsweise für vertretbar

In einer verbreiteten Presseerklärung wird eine reduzierte Kreisumlage von 35,25 Prozentpunkten gefordert, die über vermehrte Grunderwerbsteuereinnahmen und „globale Minderausgaben“ finanziert werden soll. Gerade von Fraktionen, die „hochkompetent“ besetzt sind, wäre zu erwarten, dass sie wissen, dass Steuereinnahmen nicht beliebig vermehrt werden können und solche Finanzierungen abenteuerlich sind. Einfach nicht solide. Und „Globale Minderausgaben“ ist so etwas wie das kommunale Unwort des Jahrzehntes.

Auf die zu erwartenden Feilscherei um die Kreisumlage kann ich nur mit Friedrich Schiller reagieren. „O Gott, O Gott, gib mit Gelassenheit“.

Unser Dank gilt allen MitarbeiterInnen des Landratsamtes, den SteuerzahlerInnen, deren Geld wir hier ausgeben und Ihnen meine Damen und Herren für Ihre Aufmerksamkeit.

Es gilt das gesprochene Wort.

Winnenden, den 16. November 2009

Anträge

- Sanierungen
- Ökostrom
- Stuttgart 21



www.die-treibende-kraft.de